

N i e d e r s c h r i f t

**der 34. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Hauptausschusses am 19.09.2012**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:05 Uhr bis 18:54 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados		
Herr Harald Bartl	parteilos	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	Teilnahme bis 19:31 Uhr
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	Teilnahme bis 18:30 Uhr
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	Teilnahme für Herrn Dr. Meerheim ab 18:30 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Gerry Kley	FDP	Teilnahme bis 19:30 Uhr
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	
Herr Egbert Geier	Bürgermeister	
Herr Uwe Stäglin	Beigeordneter	
Herr Dr. Bernd Wiegand	Beigeordneter	Teilnahme bis 16:27 Uhr
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter	
Herr Stefan Richter	Verwaltung	
Frau Christine Hock	Verwaltung	
Herr Jörg Baus	Verwaltung	Teilnahme bis 18:45 Uhr
Frau Anja Schneider	Verwaltung	

Entschuldigt fehlen:

Herr Thomas Willecke	Verwaltung
Herr Steffen Drenkelfuß	Verwaltung

Gäste zu TOP 5.1:

Herr Eberhard Doege	Beigeordneter a. D.
Frau Rita Lachky	Verwaltung

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 34. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** eröffnet und geleitet.

Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

TOP 5.5 Beschluss des Integrierten Strategiepapiers und der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Halle 2025
Vorlage: V/2012/10762
es erfolgte noch keine Abstimmung in den Fachausschüssen

TOP 5.6 Ergänzungsbeschluss zur Vorlage (V/2010/09000) Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in eine Anstalt des öffentlichen Rechts
Vorlage: V/2012/10934
im Betriebsausschuss Eigenbetrieb Kindertagesstätten am 14.09.2012 vertagt

TOP 6.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Ausrichtung der Schulentwicklungsplanung an Erfordernissen inklusiver Bildung und pädagogischer Innovation
Vorlage: V/2012/10681

TOP 6.1.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Ausrichtung der Schulentwicklungsplanung an Erfordernissen inklusiver Bildung und pädagogischer Innovation (V/2012/10681)
Vorlage: V/2012/10890

gleiche Voten in den Fachausschüssen

Hauptausschussmitglieder und **Stadtverwaltung** verständigten sich darauf, dass es trotz der unterschiedlichen Voten in den Fachausschüssen nicht erforderlich sei, den TOP 6.2 in der heutigen Hauptausschusssitzung zu beraten.

TOP 6.2 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Sicherung der Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr Halle –Trotha
Vorlage: V/2012/10774
im Einvernehmen zwischen Hauptausschussmitgliedern und Verwaltung

TOP 6.2.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Sicherung der Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr Halle –Trotha (V/2012/10774)
Vorlage: V/2012/10869
im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 18.09.2012 durch Antragsteller für erledigt erklärt

TOP 6.3 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Sicherungsmaßnahmen am Osendorfer See
Vorlage: V/2012/10854
im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten am 12.09.2012 durch Antragsteller für erledigt erklärt

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wies darauf hin, dass der Antrag im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten zwar für erledigt erklärt wurde, zu diesem aber zeitgleich im Sportausschuss eine Änderung und Zustimmung erfolgte.

Auf Nachfrage der Oberbürgermeisterin bestätigte **Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, dass der Antrag seiner Fraktion erledigt sei. Demzufolge wäre die Abstimmung im Sportausschuss nicht relevant und der Antrag könne von der Tagesordnung abgesetzt werden.

TOP 6.4 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Sozialraum Silberhöhe
Vorlage: V/2012/10856
im Bildungsausschuss am 04.09.2012 vertagt

TOP 6.5 Antrag des Stadtrates Bernhard Bönisch (CDU) zum Erhalt der Sportanlagen im Stadion Halle-Neustadt
Vorlage: V/2012/10851
gleiche Voten in den Fachausschüssen

TOP 6.6 Prüfantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Kreuzungsbereich Burgstraße-Mühlweg-Neuwerk
Vorlage: V/2012/10785
durch Antragsteller zurückgezogen

TOP 6.7 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Wiederherstellung des Stadions Halle-Neustadt
Vorlage: V/2012/10691
gleiche Voten in den Fachausschüssen

TOP 6.8 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Förderung bürgerschaftlichen Einzelengagement
Vorlage: V/2012/10865
im Kulturausschuss am 05.09.2012 abgesetzt

TOP 6.9 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Übertragung der Lichtsignalanlagen an die Stadtwerke Halle
Vorlage: V/2012/10689

Frau Oberbürgermeisterin Szabados machte darauf aufmerksam, dass der Antrag durch den Antragsteller im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten am 12.09.2012 für erledigt erklärt wurde. Sie bat die antragstellende Fraktion darum, den Antrag zurückzuziehen.

Nach einer kurzen Diskussion zog **Herr Kley, FDP-Fraktion**, den Antrag seiner Fraktion zurück.

Herr Krause, SPD-Fraktion, wies darauf hin, dass der TOP 5.3

Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10931

aufgrund der Vertagung in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften ebenfalls von der Tagesordnung abgesetzt werden könne.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass ihr die Diskussion in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften nicht bekannt sei, in welchen Fachausschüssen die Vorlage behandelt werden soll. Darüber wollte sie heute mit den Hauptausschussmitgliedern beraten.

Herr Krause, SPD-Fraktion, und **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, entgegneten, dass die Verwaltung in pflichtgemäßem Ermessen die Vorlage in die zuständigen Fachausschüsse einbringen sollte, wie z. B. Kulturausschuss, Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

Daraufhin konnte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** zustimmen, den TOP 5.3 von der Tagesordnung abzusetzen und sagte zu, dass die Verwaltung die Vorlage nach pflichtgemäßem Ermessen in die zuständigen Fachausschüsse einbringen werde.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, wies darauf hin, dass der TOP 6.10

Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Rücknahme des Beschlusses "Benennung einer Straße nach Willy Brandt" (Vorlagen-Nr.: V/2012/10477)
Vorlage: V/2012/10779

nicht auf der ursprünglichen Tagesordnung stünde und fragte nach den Gründen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, dass der Antrag entsprechend der einvernehmlichen Absprache in der Sondersitzung des Hauptausschusses am 08.09.2012 nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt wurde.

Auf Antrag der SPD-Fraktion erfolgt zu nachfolgender Diskussion ein Wortprotokoll

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit und Gesundheit:

Frau Oberbürgermeisterin, ich würde gerne eine persönliche Erklärung abgeben.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados:

Dann gebe ich Ihnen das Wort.

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit und Gesundheit:

Ja, vielen Dank. Frau Vorsitzende, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe von Frau Oberbürgermeisterin eine Einladung bekommen, ausdrücklich in meiner Funktion als zukünftiger Oberbürgermeister an dieser Sitzung teilzunehmen.

Diese Einladung habe ich so akzeptiert, d. h. ich befinde mich momentan in der Funktion des zukünftigen Oberbürgermeisters, zu der ich mit Ihnen auch ganz gerne folgende Punkte besprechen möchte.

Ich halte diese Einladung und die Sitzung innerhalb des Hauptausschusses in der Funktion des zukünftigen Oberbürgermeisters nicht für sinnvoll. Begründung: Wir sitzen hier im Hauptausschuss. Dieser Hauptausschuss wird geführt von der jetzigen Oberbürgermeisterin mit Stimmrecht. Und ich soll künftige Positionen deutlich machen bzw. an Abstimmungen teilnehmen, mich in dieser Funktion bewegen. Ich halte dieses nicht für sinnvoll.

Deshalb werde ich unter diesen Voraussetzungen eine Mitwirkung an der Sitzung nicht wahrnehmen können.

Ich möchte - und das ist mir sehr, sehr wichtig, dass ich Ihnen, den Fraktionsvorsitzenden, auch deutlich mache, ich bin mit einigen Fraktionen bereits im Gespräch, ich habe mit allen Fraktionsvorsitzenden auch Themen bereits besprochen - ganz gerne die Fraktionsvorsitzenden am Montag um 16:00 Uhr einladen für eine halbe Stunde, die künftigen Themen, die Probleme, die Auffassungen des zukünftigen Oberbürgermeisters zu erörtern und lade Sie recht herzlich ein für den Montag, 16:00 Uhr dann daran teilzunehmen. Ich würde Ihnen eine Einladung auch noch zuschicken.

Ich möchte ganz gern diese Einladung alle 14 Tage wiederholen, um Sie auf den aktuellen Stand der Entwicklungen auch zu halten, um Ihnen deutlich zu machen, welche Diskussionen oder welche Vorgehensweise momentan in Betracht kommt.

Ich bin heute auch gebeten worden, zwei Sätze zum Sparberater auch zu sagen. Das möchte ich an dieser Stelle gerne tun. Wie Sie wissen, wird derzeit sehr häufig argumentiert, wir brauchen jetzt zwingend und sehr schnell den Sparberater. Diese Auffassung teile ich nicht. § 139 in der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt macht es auch deutlich, nur dann ist ein Sparberater auch anzuordnen von Seiten des Landesverwaltungsamtes, wenn Rechtsverstöße in einem erheblichen Umfang - so die wörtliche Formulierung - vorliegen.

Ein solcher erheblicher Umfang liegt nicht vor, weil wir Jahr für Jahr uns zurückentwickelt haben und möglicherweise in diesem Jahr bereits zu einem ausgeglichenen, wenn oder auch etwas überzogenen Fehlbedarf kommen. Aber wir haben uns in jedem Jahr verbessert.

Die Voraussetzungen für einen förmlichen Sparberater liegen nicht vor. Eine Eilbedürftigkeit oder Ähnliches, unverzüglich zu entscheiden, liegt ebenfalls nicht vor.

Gleichwohl möchte ich natürlich auch an dem Beschluss mitwirken, den der Stadtrat getroffen hat. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Ich habe auf die Bitte der Oberbürgermeisterin einen Beschlussvorschlag vorgelegt, den man diskutieren kann. Das möchte ich mit Ihnen ebenfalls am Montag tun und werde dann mit diesem Beschlussvorschlag auch zum Präsidenten des Landesverwaltungsamtes gehen, damit wir so schnell wie möglich dann auch die Ausschreibung durchführen.

Ich halte es nicht für sinnvoll, Personalentscheidungen - gleich welcher Art - zu treffen, die meine zukünftige Amtszeit berühren. Und ich werde dem auch nicht zustimmen. Ich bitte da insoweit um Verständnis, denn Sie binden dadurch den zukünftigen Oberbürgermeister auch im Hinblick auf die Auswahl des Sparberaters.

Wir brauchen einen Sparberater, der betriebswirtschaftliche Kenntnisse hat, der in der Lage ist, Wirtschaftsprüfungen vorzunehmen. Und diesbezüglich muss die Ausschreibung wesentlich anders aussehen als sie derzeit auch gefasst ist.

Aus diesem Grund ist es sehr, sehr wichtig, dass Sie auch wissen, dass wir zum 01.12.2012 mit einer neuen Organisationsstruktur innerhalb der Verwaltung beginnen. Ich werde - das sind die Forderungen in den letzten Jahren auch aus der Sicht des Stadtrates gewesen - die Verwaltung verschlanken. Ich werde sehen, dass wir auch mit vier Beigeordneten auskommen.

Ich selber werde die Funktionen grundsätzlich, die ich momentan wahrgenommen habe als Beigeordneter auch zukünftig ausführen, so dass also auch der Oberbürgermeister in seinem Dezernat Aufgaben wahrnimmt.

Diesbezüglich halte ich es nicht für erforderlich, dass ein weiterer Beigeordneter heute bestellt wird. Das widerspricht dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit. Diese Dinge würde ich Ihnen dann auch am Montag noch ausführlich erläutern. Und ich bin ja bei Ihnen zum Teil in die Fraktionen auch eingeladen, da kann ich das auch noch mal sehr ausführlich darstellen.

Ich bitte auch zu akzeptieren, dass ich mich in der heutigen Sitzung auch so ein bisschen in einem - wie soll ich das ausdrücken - Konflikt befinde. Ich bin hier ausdrücklich in dieser Funktion als zukünftiger Oberbürgermeister eingeladen. Und ich bitte da um Verständnis, dass ich bei den Tagesordnungspunkten, die dann anschließend auch folgen, nicht mitwirken möchte. Und ich nehme hier Bezug auf dieses Schreiben.

Als zukünftiger Oberbürgermeister wollte ich diese Erklärung Ihnen abgeben, Ihnen signalisieren, dass ich herzlich gerne, und da freue ich mich sehr darauf, mit Ihnen in die Diskussion zu kommen, aber bitte nicht an diesem Ort.

Und deshalb unter diesen Voraussetzungen möchte ich Ihnen das deutlich machen. Ich werde also weiter an dieser Sitzung dann auch nicht teilnehmen, weil ich mich in dieser Funktion hierauf auch berufe.

Insoweit freue ich mich dann auf die zukünftigen Termine, die wir haben und würde mich freuen, wenn wir weiter so an dieser Personalie im Hinblick auf die Überführung dann im Stadtrat dann teilnehmen.

Ich stehe, das ist meine persönliche Erklärung, deshalb stehe ich auch momentan nicht für weitere Dinge, auch an Nachfragen, zur Verfügung. Ich würde Ihnen das am Montag alles erläutern, Herr Krause, wenn Sie Fragen zu den Dingen haben, die ich eben dargestellt habe. Ich möchte es jetzt auch nicht überziehen, denn es gibt Vieles in der Verwaltungsstruktur, das ich mit Ihnen erörtern möchte und deshalb freue ich mich auf die Gespräche dann am Montag. Vielen Dank.

Herr Krause, SPD-Fraktion:

Eine Frage hätte ich trotzdem noch.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados:

Das war jetzt Ihre persönliche Erklärung. Ich möchte hinzusetzen, Herr Beigeordneter Dr. Wiegand, dass ich Sie ausdrücklich zu einem Tagesordnungspunkt Mitteilungen eingeladen habe, um an der Meinungsbildung teilzunehmen. Dort geht es nicht um Beschlüsse, wie Sie eben fälschlicherweise formuliert haben, sondern um das von Ihnen immer eingeforderte beteiligt sein an der Meinungsbildung, wenn es um in die Zukunft hineinwirkende Dinge geht. So viel nur dazu.

Also d. h. Sie würden dann, so habe ich Sie jetzt verstanden, am Tagesordnungspunkt Mitteilungen, wenn wir uns darüber unterhalten, wie wir denn den Stadtratsbeschluss umsetzen, um einen Berater für die Stadt Halle, und nicht nur für die Verwaltung und den Oberbürgermeister, sondern für die Stadt Halle zu binden. Ja? An diesem Tagesordnungspunkt möchten Sie nicht mitwirken?

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit und Gesundheit:

Ich bin für die gesamte Sitzung so eingeladen. Ich habe eben das dargestellt. Und deshalb werde ich als zukünftiger Oberbürgermeister an dieser Sitzung nicht weiter teilnehmen. Ich freue mich auf die Gespräche am Montag. Ich möchte mich jetzt nicht wiederholen, Frau Oberbürgermeisterin.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados:

Herr Dr. Wiegand, ich hatte Ihnen gesagt, Sie haben Präsenzpflcht hier im Hauptausschuss als Beigeordneter. Und deswegen habe ich nur noch mal klargestellt - und das ist meine Frage - Sie nehmen an dem Tagesordnungspunkt nicht teil, an dem es um diesen Sparberater geht? Oder habe ich Sie da falsch verstanden?

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit und Gesundheit:

Sie haben mich richtig verstanden. Ich nehme an dem weiteren Verlauf der Sitzung nicht teil.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados:

An dem ganzen weiteren Verlauf? Ab jetzt oder wie?

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit und Gesundheit:

Genau.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados:

Aber Entschuldigung. Ich habe Sie nur zu diesem Punkt als zukünftigen Oberbürgermeister eingeladen.

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit und Gesundheit:

Das steht nicht in diesem Schreiben.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados:

Herr Dr. Wiegand, Sie haben doch aber automatisch immer die Präsenzpflicht als Beigeordneter, an der Hauptausschusssitzung teilzunehmen.

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit und Gesundheit:

Frau Oberbürgermeisterin, ich werde jetzt an dieser Stelle nicht mit Ihnen darüber diskutieren. Ich habe Ihnen von meinem Konflikt erzählt, ich habe Ihnen das deutlich gemacht, dass Sie mich als zukünftigen Oberbürgermeister eingeladen haben. Und deshalb kann ich nicht in diesen Rollen hin- und herspringen und einmal so und einmal so und einmal so. Deshalb bitte ich um Verständnis und wünsche der Sitzung noch einen guten Verlauf.

Herr Krause, SPD-Fraktion:

Bevor Sie aufstehen, ganz kurz nur. Wir haben uns das schon gedacht. Und ich möchte Ihnen hier gerne ein Schreiben übergeben von der SPD-Fraktion mit der Bitte, das zu beantworten.

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit und Gesundheit:

Gerne.

Herr Krause, SPD-Fraktion:

Wir hatten uns schon gedacht, dass Sie heute nicht Rede und Antwort stehen. Wobei ich sagen muss, ich wundere mich: Wieso ist die Fraktionsvorsitzendenrunde, die nicht gewählt ist, legitimierter als der Hauptausschuss als legitimes Gremium?

... Zwischenrufe von Herrn Paulsen, Herrn Bönisch, Frau Ewert (nicht verständlich)

Frau Oberbürgermeisterin Szabados:

Meine Damen und Herren. Herr Dr. Wiegand, ich bitte Sie Platz zu nehmen als Beigeordneter.

Herr Dr. Wiegand hat währenddessen den Sitzungssaal verlassen.

Frau Ewert, SPD-Fraktion:

Also, das geht so nicht.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados:

Ich will nur noch mal deutlich machen, ich habe Herrn Dr. Wiegand gebeten zu dem Tagesordnungspunkt in seiner Funktion als zukünftiger Oberbürgermeister an der Beratung teilzunehmen. Es geht ja sowieso nicht um Beschlussfassungen.

Aber in seiner Funktion als Beigeordneter hat er, wie alle anderen Beigeordneten, hier Präsenzpflicht. Und ich habe versucht, das ihm deutlich zu machen, auch um die Brücke zu bauen. Aber ich möchte das jetzt auch nicht weiter kommentieren. Gut.

Frau Ewert, SPD-Fraktion:

Einen Satz dazu. Wir hatten schon mal einen Übergang von Dezernent zum Oberbürgermeister, der ordnungsgemäß vonstattengegangen ist. Wir erleben nicht zum ersten Mal diese Situation. Aber das ging geordnet und das ging bis zum Übergang in vernünftigen Bahnen.

Und ich verstehe nicht, dass man das nicht wiederholen kann. Also es ist ein Unding und eigentlich ... noch ist das der Beigeordnete. Und so hatten wir es vor fünf Jahren auch. Also es ist unmöglich und sehr anstrengend.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados:

Gut, also ich muss feststellen, dass Herr Dr. Wiegand entgegen meiner ausdrücklichen Bitte, was auch seine Dienstpflicht wäre, an der Hauptausschusssitzung teilzunehmen und insofern ohne meine Genehmigung die Sitzung verlassen hat.

Sie haben gemerkt, ich habe versucht, das noch insofern zu retten, dass er an dieser Sitzung teilnimmt und nur an diesem Tagesordnungspunkt nicht. Das wäre ja eine Möglichkeit gewesen. Ja, ich denke, wir sollten jetzt in der Tagesordnung fortfahren. Und es möge sich jeder da sein eigenes Bild machen.

Ende des Wortprotokolls.

Weitere Änderungen und Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung: zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 11.07.2012
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 11.07.2012
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1 Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum Oberbürgermeister
Vorlage: V/2012/10919
 - 5.2 Festlegung des Wahltages für den Beigeordneten für Sicherheit und Gesundheit
Vorlage: V/2012/10935
 - 5.3 *Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: V/2012/10931 *abgesetzt*
 - 5.4 Satzung über die Entschädigung ehrenamtlicher Bürgerinnen und Bürger (Entschädigungssatzung)
Vorlage: V/2012/10938
 - 5.5 *Beschluss des Integrierten Strategiepapiers und der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Halle 2025*
Vorlage: V/2012/10762 *abgesetzt*

- 5.6 *Ergänzungsbeschluss zur Vorlage (V/2010/09000) Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in eine Anstalt des öffentlichen Rechts*
Vorlage: V/2012/10934 abgesetzt
6. *Anträge von Fraktionen und Stadträten*
- 6.1 *Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Ausrichtung der Schulentwicklungsplanung an Erfordernissen inklusiver Bildung und pädagogischer Innovation*
Vorlage: V/2012/10681 abgesetzt
- 6.1.1 *Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Ausrichtung der Schulentwicklungsplanung an Erfordernissen inklusiver Bildung und pädagogischer Innovation (V/2012/10681)*
Vorlage: V/2012/10890 abgesetzt
- 6.2 *Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Sicherung der Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr Halle –Trotha*
Vorlage: V/2012/10774 abgesetzt
- 6.2.1 *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Sicherung der Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr Halle –Trotha (V/2012/10774)*
Vorlage: V/2012/10869 abgesetzt
- 6.3 *Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Sicherungsmaßnahmen am Osendorfer See*
Vorlage: V/2012/10854 abgesetzt
- 6.4 *Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Sozialraum Silberhöhe*
Vorlage: V/2012/10856 abgesetzt
- 6.5 *Antrag des Stadtrates Bernhard Bönisch (CDU) zum Erhalt der Sportanlagen im Stadion Halle-Neustadt*
Vorlage: V/2012/10851 abgesetzt
- 6.6 *Prüfantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Kreuzungsbereich Burgstraße-Mühlweg-Neuwerk*
Vorlage: V/2012/10785 abgesetzt
- 6.7 *Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Wiederherstellung des Stadions Halle-Neustadt*
Vorlage: V/2012/10691 abgesetzt
- 6.8 *Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Förderung bürgerschaftlichen Einzelengagement*
Vorlage: V/2012/10865 abgesetzt
- 6.9 *Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Übertragung der Lichtsignalanlagen an die Stadtwerke Halle*
Vorlage: V/2012/10689 zurückgezogen
- 6.10 *Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Rücknahme des Beschlusses "Benennung einer Straße nach Willy Brandt" (Vorlagen-Nr.: V/2012/10477)*
Vorlage: V/2012/10779

7. schriftliche Anfragen von Stadträten
- 7.1 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage eines Konzeptes zur regelmäßigen Berichterstattung in den Fachausschüssen und im Stadtrat
Vorlage: V/2012/10939
8. Mitteilungen
- 8.1 Ausschreibungstext für den Vertrag zur Betreuung und Bewirtschaftung der Georg-Friedrich-Händel-Halle
Vorlage: V/2012/10936
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 11.07.2012

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 33. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 11.07.2012.

Die Mitglieder des Hauptausschusses genehmigten ohne förmliche Abstimmung die öffentliche Niederschrift der Sitzung vom 11.07.2012.

Der Hauptausschuss legte eine Pause von 9 Minuten ein.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 11.07.2012

Frau Oberbürgermeisterin Szabados verlas den in nicht öffentlicher Sitzung am 11.07.2012 gefassten Beschluss:

zu 3.1 Außertariflicher Anstellungsvertrag Vorlage: V/2012/10839

Beschluss:

Der Hauptausschuss stimmt dem Abschluss eines außertariflichen Anstellungsvertrages mit Herrn Frank-Steffen Elster mit den nachfolgend genannten Eckpunkten zu.

- Herr Elster erhält eine Vergütung analog E 15 Ü Entgeltstufe 4.
- Die Geltung der Vorschriften des TVöD mit Ausnahme der Vorschriften über das Leistungsentgelt nach § 18 TVöD wird vereinbart.
- Es wird eine leistungsorientierte Bezahlung nach dem bei der Stadt eingeführten Zielvereinbarungssystem vereinbart. Je nach Zielerreichungsgrad beträgt die leistungsorientierte Bezahlung bis zu 1 % des individuellen regelmäßigen ständigen Jahresentgelts. Dieser Prozentsatz erhöht sich analog dem Vomhundertsatz in § 18 TVöD.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum Oberbürgermeister** **Vorlage: V/2012/10919**

Es gab keine Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) trifft gemäß § 52 Abs. 1 Nr. 1 KWG LSA folgende Wahlprüfungsentscheidung:

Einwendungen gegen die Wahl liegen nicht vor.

Die Wahl zum Oberbürgermeister am 1. Juli 2012 sowie am 15. Juli 2012 ist gültig.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Nach der Abstimmung bedankte sich **Frau Oberbürgermeisterin Szbados** bei Herrn Doege als Wahlleiter und bei Frau Lachky als stellvertretende Wahlleiterin.

zu 5.2 **Festlegung des Wahltages für den Beigeordneten für Sicherheit und** **Gesundheit** **Vorlage: V/2012/10935**

Frau Oberbürgermeisterin Szbados erklärte, dass die Amtszeit des jetzigen Beigeordneten für Sicherheit und Gesundheit, Herrn Dr. Wiegand, aufgrund seiner Wahl zum Oberbürgermeister vorzeitig am 30.11.2012 endet. Nach § 9 (1) der Hauptsatzung der Stadt Halle habe die Stadt Halle fünf Beigeordnete. Aufgrund dessen sei die Stelle mit dem Ende der Amtszeit des bisherigen Stelleninhabers wieder zu besetzen. Sie sei gehalten, diese Neubesetzung unverzüglich auf den Weg zu bringen.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung der Vorlage und begründete dies. Entsprechend der Begründung zur Vorlage der Verwaltung bestünde die Möglichkeit, die Wahl bis zum 28.02.2013 durchzuführen.

Darüber hinaus habe Herr Dr. Wiegand in seiner Funktion als zukünftiger Oberbürgermeister in einigen Fraktionen seine Vorstellungen zur Struktur der Verwaltung bereits geäußert und sehe künftig nur vier Beigeordnete vor.

Insofern sollte im Sinne der Haushaltskonsolidierung die Hauptsatzung der Stadt Halle entsprechend geändert werden. Dies wäre aber erst mit dem Amtsantritt von Herrn Dr. Wiegand als Oberbürgermeister ab dem 01.12.2012 möglich, nachdem er offiziell die Verwaltungsstruktur bekanntgegeben habe. Sollte er dann die jetzige Anzahl der Beigeordneten doch beibehalten wollen, bestünde ausreichend Zeit, unter Einhaltung der gesetzlichen Grundlagen die Wahl des Beigeordneten für Sicherheit und Gesundheit durchzuführen.

Herr Krause, SPD-Fraktion, sprach sich gegen den Geschäftsordnungsantrag aus. In dem stattgefundenen Gespräch konnte Herr Dr. Wiegand auf Nachfrage seine Gründe für die Reduzierung der Anzahl der Beigeordneten nicht darlegen und auch keinen Entwurf eines Konzeptes vorlegen.

Des Weiteren gebe es bei der derzeitigen Aufgabenverteilung der Dezernate und nach Rücksprache mit den Beigeordneten eine erhebliche Überlastung an verschiedenen Stellen. Im Zuge dessen erinnerte **Herr Krause** an die Haushaltsberatungen in diesem Jahr, bei denen die Beigeordneten aufgrund der Vielzahl der Aufgaben zum Teil nicht auskunftsfähig waren.

Demzufolge bestünde Handlungsbedarf, so dass die Stelle des Beigeordneten für Sicherheit und Gesundheit schnellstmöglich ausgeschrieben und wiederbesetzt werden sollte.

Herr Bartl, CDU-Fraktion, fragte, ob nach einer möglichen Beigeordnetenwahl eine Änderung der dazugehörigen Ämter im Dezernat möglich wäre.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, dass die Organisationshoheit bei dem Oberbürgermeister liege. Insofern können die Dezernatszuschnitte durch den Oberbürgermeister jederzeit nach pflichtgemäßem Ermessen geändert werden. Darauf wurde auch in der Stellenausschreibung aufmerksam gemacht.

Zudem wies **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** darauf hin, dass die Stadt Magdeburg sechs Beigeordnete habe.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, teilte mit, dass seine Fraktion grundsätzlich fünf Beigeordnete als zielführend erachte, aber eine Bereitschaft bestünde, bei einer begründeten nachhaltigen Verwaltungsstruktur und Entscheidungseffizienz auch andere Wege zu gehen. Seines Erachtens könne der zukünftige Oberbürgermeister zum jetzigen Zeitpunkt allerdings noch nicht in der Lage sein, ein entsprechendes Konzept dazu vorzulegen.

Darüber hinaus brachte **Herr Wolter** zum Ausdruck, dass er die Intention des Geschäftsordnungsantrages von Herrn Dr. Meerheim prinzipiell teile. Vor einer Ausschreibung sollten die Vorstellungen des zukünftigen Oberbürgermeisters klar sein.

Die Entscheidung einer Vertagung der Vorlage sollte aber im Stadtrat erfolgen, da dieser auch über die Anzahl der Beigeordneten bestimme. Der Hauptausschuss sei nur ein vorbereitendes Gremium und sollte eine entsprechende Empfehlung für den Stadtrat abgeben. Aus diesem Grund könne er dem Geschäftsordnungsantrag von Herrn Dr. Meerheim nicht zustimmen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados schloss sich den Ausführungen von Herrn Wolter an, dass eine Vertagung durch den Hauptausschuss nicht zielführend sei. Dem Stadtrat als entscheidendes Gremium werde damit die Möglichkeit genommen, über eine solch wichtige Angelegenheit zu beraten und eine Entscheidung zu treffen. Insofern könne sie dem Geschäftsordnungsantrag von Herrn Dr. Meerheim ebenfalls nicht zustimmen.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wies zunächst darauf hin, dass es auch in beratenden Ausschüssen üblich sei, Vorlagen und Anträge zu vertagen und erinnerte dabei an einen Antrag seiner Fraktion zur Umbenennung der Emil-Abderhalden-Straße (Vorlage: V/2010/08828). Hierbei wurde dem Stadtrat ebenfalls die Möglichkeit genommen, eine Entscheidung zu treffen, da der Antrag bereits im August 2010 im Kulturausschuss vertagt wurde. Demzufolge sei dies seines Erachtens kein gewichtiges Argument, gegen den Geschäftsordnungsantrag zu stimmen.

Zudem brachte **Herr Paulsen** zum Ausdruck, dass zum jetzigen Zeitpunkt solche Personalentscheidungen nicht getroffen werden sollten, da seitens des zukünftigen Oberbürgermeisters eine neue Verwaltungsstruktur vorgesehen sei und der Stadtrat vorerst eine Entscheidung über die Anzahl der Beigeordneten zu treffen habe. Unabhängig von dem Ergebnis müsse dann eine nachhaltige Aufgabenverteilung in den Dezernaten und bei Bedarf die Stellenausschreibung für den Beigeordneten erfolgen.

Weiterhin habe Herr Dr. Wiegand angekündigt, die Bereiche Sicherheit und Gesundheit auch als Oberbürgermeister weiter zu führen, so dass unter diesen Voraussetzungen eine Ausschreibung nicht zielführend sei.

Aus vorgenannten Gründen sprach sich **Herr Paulsen** für eine Vertagung der Vorlage aus. Seines Erachtens sollte der Amtsantritt des zukünftigen Oberbürgermeisters und dessen Vorstellungen abgewartet werden.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, informierte über ein Gespräch mit Herrn Dr. Wiegand in Bezug auf die Frage zur Anzahl der Beigeordneten. Dazu wollte sich Herr Dr. Wiegand ausdrücklich nicht äußern und keine Stellungnahme abgeben mit der Begründung, dass der Stadtrat über die Anzahl der Beigeordneten entscheide und der Oberbürgermeister danach die Dezernatszuschnitte vorzunehmen habe.

Darüber hinaus merkte **Herr Bönisch** an, dass innerhalb seiner Fraktion ein Gespräch mit Herrn Dr. Wiegand für den kommenden Montag vorgesehen sei und danach möglicherweise genauere Vorstellungen über die zukünftigen Dezernatszuschnitte bekannt wären.

Insofern würde sich seine Fraktion offen halten, in der Stadtratssitzung am 26.09.2012 eine entsprechende Entscheidung zu treffen. In Anbetracht dessen sprach sich **Herr Bönisch** gegen eine Vertagung in der heutigen Hauptausschusssitzung aus.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zum Geschäftsordnungsantrag.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages von Herrn Dr. Meerheim auf Vertagung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
4 Ja-Stimmen
7 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Herr Kley, FDP-Fraktion, fragte, ob der Ausschreibungstext Bestandteil des Beschlussvorschlages sei.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados verneinte dies.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung der Vorlage.

Beschlussvorschlag:

- 1.) *Der Tag der Wahl für den Beigeordneten für Sicherheit und Gesundheit wird auf den 12.12.2012 festgelegt.*
- 2.) *Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, die Stellenausschreibung und den Wahltag öffentlich bekannt zu machen.*

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

6 Ja-Stimmen

4 Nein-Stimmen

2 Enthaltungen

**zu 5.4 Satzung über die Entschädigung ehrenamtlicher Bürgerinnen und Bürger (Entschädigungssatzung)
Vorlage: V/2012/10938**

Frau Oberbürgermeisterin Szabados informierte über den eingebrachten Änderungsantrag in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften zum § 3 der Entschädigungssatzung.

In der Vorlage der Verwaltung wurde die Aufwandsentschädigung für Fraktionsvorsitzende von 102,26 € auf 80,00 € und für Ausschussvorsitzende von 63,91 € ebenfalls auf 80,00 € geändert. Entsprechend des Änderungsantrages sollten die ursprünglichen Beträge beibehalten und gemäß den mathematischen Regeln entsprechend auf volle Beträge gerundet werden. Dem Änderungsantrag wurde einstimmig zugestimmt. Demzufolge würden Fraktionsvorsitzende 102,00 € und Ausschussvorsitzende 64,00 € erhalten.

Nach Auskunft des Finanzamtes, so **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** weiter, sei die unterschiedliche Aufwandsentschädigung vertretbar, da der zusätzliche Aufwand für Fraktionsvorsitzende etwas höher wäre als der der Ausschussvorsitzenden.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, erklärte, dass er die unterschiedliche Aufwandsentschädigung für den Stadtratsvorsitzenden in Höhe von 100,00 € und die Fraktionsvorsitzenden in Höhe von 102,00 € für nicht gerechtfertigt erachte. In Anbetracht dessen schlug er vor, den Betrag für die Fraktionsvorsitzenden ebenfalls auf 100,00 € festzulegen.

Daraufhin schlug **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, vor, die Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende auf 65,00 € festzulegen.

Zu den Vorschlägen von Herrn Bönisch und Herrn Dr. Meerheim gab es keinen Widerspruch seitens der **Hauptausschussmitglieder**.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados gab bekannt, dass die Verwaltung die Vorschläge übernehme und die Vorlage bis zur Stadtratssitzung am 26.09.2012 entsprechend überarbeite.

Frau Nagel, Fraktion DIE LINKE., bat darum, dass bis zur Stadtratssitzung auch die finanziellen Auswirkungen in der Vorlage dargestellt werden. Im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften wurde mitgeteilt, dass diese ca. 60.000 € betragen würden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte dies zu und wies darauf hin, dass hierzu lediglich eine Hochrechnung auf Grundlage der derzeitigen Teilnahme an Ausschusssitzungen durch die Stadträte erfolgen könne.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung der Vorlage.

geänderter Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Satzung über die Entschädigung ehrenamtlicher Bürgerinnen und Bürger (Entschädigungssatzung).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10 Ja-Stimmen

2 Enthaltungen

Anmerkung:

Es erfolgten Änderungen in der Satzung über die Entschädigung ehrenamtlicher Bürgerinnen und Bürger (Entschädigungssatzung) durch die Verwaltung.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.10 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Rücknahme des Beschlusses "Benennung einer Straße nach Willy Brandt" (Vorlagen-Nr.: V/2012/10477) Vorlage: V/2012/10779

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit, erläuterte den Beratungsverlauf im Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung. Nach Diskussion und Abwägung mit den betroffenen Unternehmen wurde dem o. g. Antrag zugestimmt.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat Herrn Beigeordneten Stäglin um Ausführungen hinsichtlich einer doppelten Straßenausschilderung, um die Belastung für die Unternehmen so gering wie möglich zu halten.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, erklärte, dass bei der Deutschen Post eine einjährige Übergangsfrist für die Anwohner und Firmen beantragt wurde und mündlich eine positive Zustimmung dazu signalisiert wurde.

Die Parallelbeschriftung von altem und neuem Straßennamen sei eine städtische Angelegenheit. Den Unternehmen wurde im Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung mitgeteilt, dass die doppelte Straßenausschilderung über einen Zeitraum von 16 bis 18 Monaten vorgesehen wäre, so dass die Auffindbarkeit unproblematisch sei.

Frau Nagel, Fraktion DIE LINKE., erläuterte das Ziel des Antrages ihrer Fraktion. Im Zuge mit der im Jahr 2009 geplanten Umbenennung eines Teilabschnittes der Straße „An der Petruskirche“ wurde die Nichtbeteiligung der Anwohner bei der Vorbereitung dieser Entscheidung kritisiert. Daraufhin wurde der Beschluss durch den Stadtrat aufgehoben und zugesagt, dass zukünftig gegen den Willen der Anwohner keine Umbenennung mehr erfolgen werde.

Aufgrund der Bekundungen einer Vielzahl der Anwohner gegen die Umbenennung habe ihre Fraktion den vorliegenden Antrag eingebracht und wolle damit der damaligen Zusage Rechnung tragen. Zudem würden den Unternehmen bei einer Umbenennung erhebliche Kosten entstehen.

Ihres Erachtens seien ausreichend Alternativen vorhanden, andere Straßen oder Brücken in der Stadt Halle nach Willy Brandt zu benennen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados nahm die Erklärung von Frau Nagel zur Kenntnis und merkte an, dass eine Vielzahl der Anwohner die Umbenennung auch befürwortet habe.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung des Antrages.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Der Stadtratsbeschluss „Benennung einer Straße nach Willy Brandt“ V/2012/10477 mit dem Beschluss „Die Philipp-Müller-Straße wird aus Anlass des 20. Jahrestages von Willy Brandt im Oktober 2012 in Willy-Brandt-Straße umbenannt“ wird aufgehoben.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Alternativen für die Benennung einer Straße mit dem Name Willy Brandts zu suchen und legt diese dem Stadtrat und Kulturausschuss im September 2012 zur Beschlussfassung vor.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

5 Ja-Stimmen

7 Nein-Stimmen

zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten

zu 7.1 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage eines Konzeptes zur regelmäßigen Berichterstattung in den Fachausschüssen und im Stadtrat Vorlage: V/2012/10939

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bezog sich auf die Antwort der Verwaltung. Darin sei ausgeführt, dass die Übersicht der geleisteten Berichterstattung in den Ausschüssen in der Sommerpause grundlegend überarbeitet und allen Ausschüssen zur Stellungnahme am 13.08.2012 übersandt wurde.

Infolge dessen fragte **Herr Paulsen**, ob dies an die Ausschussmitglieder oder an die Protokollführer der Ausschüsse erfolgt sei.

Des Weiteren soll die überarbeitete Beschlussvorlage ab Oktober in den Ausschüssen beraten werden. **Herr Paulsen** merkte dazu an, dass dies nicht möglich wäre, da die Einladungen für Ausschusssitzungen im Oktober teilweise bereits versandt seien.

Frau Schneider, Protokollführerin, antwortete auf die Frage von Herrn Paulsen, dass die überarbeitete Übersicht den Protokollführern zur Stellungnahme übersandt wurde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass spätestens in der Stadtratssitzung im November 2012 ein Konzept zur regelmäßigen Berichterstattung in den Fachausschüssen und im Stadtrat seitens der Verwaltung vorgelegt werde und eine Beschlussfassung erfolgen könne.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen und Nachfragen zur Kenntnis genommen.

zu 8 **Mitteilungen**

zu 8.1 **Ausschreibungstext für den Vertrag zur Betreuung und Bewirtschaftung der Georg-Friedrich-Händel-Halle** **Vorlage: V/2012/10936**

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Hinweise und Anregungen zu o. g. Mitteilung, um diese ggf. noch einarbeiten zu können.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, äußerte sich mit folgenden Fragen:

Weshalb wurde mit dem Abgabetermin 31.10.2012 eine solch kurze Bewerbungsfrist gewählt? Diese halte er für problematisch, da damit der Wettbewerb möglicherweise eingegrenzt werde.

Weshalb ist die Oberbürgermeisterin Adressat der Bewerbungen? Seines Erachtens sollte Herr Bürgermeister Geier oder Herr Beigeordneter Neumann der Adressat sein.

Wo wird die Ausschreibung veröffentlicht?

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete auf die zweite Frage, dass sie als Adressat üblich sei und die Oberbürgermeisterin für die Verwaltung stünde. Die Bewerbungen würden nach Eingang in den zuständigen Kulturbereich weitergeleitet werden. Ihrerseits wäre es auch unproblematisch, dass die Bewerbungen an das Dezernat von Herrn Bürgermeister Geier gerichtet werden.

Hinsichtlich der Frage zur Bewerbungsfrist bat **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** Herrn Baus um Erläuterung.

Herr Baus, Ressortleiter Rechtsamt, erklärte, dass die Bewerbungsfrist auch problemlos verlängert werden könne. Es bestünden keine Zwänge für den vorgeschlagenen Termin 31.10.2012.

Allerdings werde von den Bewerbern auch nicht erwartet, dass sie mit ihrer Bewerbung bereits sämtliche Unterlagen vorlegen. Innerhalb der folgenden Verhandlungen können die Bewerber ihre Angebote nachbessern.

Im Ergebnis der nachfolgenden Diskussion zwischen **Herrn Wolter, Herrn Baus** und **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** wurde sich darauf verständigt, die Bewerbungsfrist auf den 15.11.2012 festzulegen.

Des Weiteren machte **Herr Baus** darauf aufmerksam, dass entsprechend der Begründung der Vorlage die Bekanntmachung der Ausschreibung im Amtsblatt der Stadt Halle, in der Mitteldeutschen Zeitung, im Amtsblatt der Europäischen Union sowie im Ausschreibungsanzeiger Sachsen-Anhalt erfolge.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., äußerte aufgrund des Gerichtsverfahrens zum Baugebiet „Spitze“ seine Bedenken bezüglich des letzten Satzes auf der ersten Seite:

„... Die Stadt erwartet vom Pächter/Pächterin Offenheit und Kooperationsbereitschaft mit einem zukünftigen Nutzer des Baugebietes „Spitze“ ...“

Nach einer kurzen Diskussion sagte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** zu, eine andere Formulierung zu wählen und diese bis zur Stadtratssitzung am 26.09.2012 vorzunehmen.

Herr Kley, FDP-Fraktion, brachte zum Ausdruck, dass die Ausschreibung seitens der Stadtverwaltung damit begründet wurde, dass eine Instandsetzung der Ausstattung in der Georg-Friedrich-Händel-Halle erfolgen müsse. Darüber sei in der Ausschreibung allerdings keinerlei Aussage getroffen.

Seines Erachtens sollten in der Ausschreibung Rahmenbedingungen benannt werden, wie z. B. zur Frage des Erhalts und des Investitionsvolumens. Anderenfalls bestünde die Gefahr, dass der zukünftige Vertrag ebenfalls nicht nachhaltig und sinnvoll sei. Zudem wäre es bei einem möglichen Rechtsstreit schwierig, die Kriterien für die Entscheidung für einen Bewerber zu erläutern.

Herr Baus, Ressortleiter Rechtsamt, machte deutlich, dass die Abwägung für den Inhalt des Ausschreibungstextes äußerst schwierig sei und stimmte Herrn Kley zu, dass bei dem Vorschlag der Verwaltung ein möglicher Vergleich nachteilig für die Stadt Halle sein könne.

Man habe sich dennoch für die offene Variante entschieden und keine Rahmenbedingungen zum Erhalt oder zum Investitionsvolumen genannt, da die Betreiberkonzepte nicht bekannt seien. Beispielsweise bestünde die Möglichkeit, dass ein Betreiber erwarte, dass der jeweilige Nutzer die eigene Tontechnik für seine Veranstaltungen vorhalte.

Insofern wären derartige Festlegungen zum jetzigen Zeitpunkt nicht zielführend. Es sollten vorerst die Betreiberkonzepte eingereicht und im Laufe der Verhandlungen die Details geklärt werden.

Herr Kley, FDP-Fraktion, wies darauf hin, dass aus der Ausschreibung der Schwerpunkt für die Stadt Halle nicht hervorgehe. Es wäre nicht ersichtlich, ob vorrangig Ersatzinvestitionen vorgenommen oder künstlerisch hochwertige Angebote vorgehalten werden sollen. Darauf sollte in der Ausschreibung hingewiesen werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte dahin gehend eine Prüfung zu. Die Hinweise, dass die Georg-Friedrich-Händel-Halle Hauptspielstätte der Staatskapelle sei und eine Weiterentwicklung als Tagungs- und Kongresszentrum einschl. der Gestaltung der Zusammenarbeit mit der Stadtmarketing GmbH erfolgen soll, wären der Verwaltung wichtig gewesen.

Daraufhin machte **Herr Kley, FDP-Fraktion**, darauf aufmerksam, dass in der Georg-Friedrich-Händel-Halle keine Messen stattfinden können, da dazu ein Vertrag der Stadt mit der HALLE MESSE GmbH bestünde.

An der darauffolgenden Diskussion beteiligten sich **Herr Kley, Herr Bönisch, Frau Ewert, Herr Wolter, Herr Baus** sowie **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**.

Herr Kley, FDP-Fraktion, Herr Bönisch, CDU-Fraktion, sowie **Frau Ewert, SPD-Fraktion**, sprachen sich für eine entsprechende Formulierung im Ausschreibungstext aus. Der HALLE MESSE GmbH wurde bei den damaligen Vertragsverhandlungen zugesichert, dass sie das Exklusivrecht für die Durchführung von Messen in der Stadt Halle habe.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, hielt eine solche Formulierung für nicht erforderlich. Es sei eindeutig definiert, dass eine Kulturstätte verpachtet und betrieben werden soll. Seiner Auffassung nach wäre es nicht zielführend, bestimmte Veranstaltungen von vornherein auszuschließen.

Im Ergebnis der Diskussion sagte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** zu, eine entsprechende Formulierung in den Ausschreibungstext aufzunehmen, dass in der Georg-Friedrich-Händel-Halle die Durchführung von Messen nicht möglich sei. Dies wäre ihres Erachtens erforderlich und fair gegenüber dem zukünftigen Betreiber der Georg-Friedrich-Händel-Halle.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

weitere Mitteilungen:

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bezog sich auf die Vereinbarung mit dem Landesverwaltungsamt zur Haushaltskonsolidierung der Stadt Halle und erläuterte eingangs den bisherigen Verlauf. Aufgrund der Intervention des zukünftigen Oberbürgermeisters, Herrn Dr. Wiegand, sei entsprechend des Stadtratsbeschlusses der Beratervertrag mit der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt), Herrn Greskowiak, nicht zustande gekommen.

In Abstimmung mit dem Landesverwaltungsamt wäre es möglich gewesen, das erforderliche Haushaltskonsolidierungskonzept im Nachgang zum Haushaltsplan für das Jahr 2013 einzureichen, sofern ein Berater bestellt sei.

Weiterhin informierte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** darüber, dass der Haushaltsplan der Stadt Halle für das Jahr 2013 im November in den Stadtrat hätte eingebracht werden können, allerdings stelle sich die Haushaltsplanung nach Informationen des Bürgermeisters, Herrn Geier, mit Stand Mitte September äußerst schwierig dar:

Jahr 2013:	Plan: + 3,8 Mio. €	derzeitiger Stand: - 8 Mio. €
Jahr 2014:	Plan: + 1,0 Mio. €	derzeitiger Stand: - 20 Mio. €
Jahr 2015:	Plan: + 2,0 Mio. €	derzeitiger Stand: - 25 Mio. €

Aus vorgenannten Gründen wäre es dringend erforderlich, sich auf einen Berater zu verständigen. Die städtische Haushaltssituation könne nicht allein durch eine Verwaltungsver schlankung verbessert werden. Hier müssen strukturelle Veränderungen vorgenommen werden, um die Altschulden abbauen zu können.

In Anbetracht dessen habe sie sich in Abstimmung mit dem Landesverwaltungsamt auf einen Ausschreibungstext verständigt. Dieser sei den Fraktionen sowie Herrn Dr. Wiegand zur Kenntnis gegeben worden mit der Bitte um Hinweise und Anregungen. Seitens der Fraktionen wurden keine Änderungswünsche geäußert. Herr Dr. Wiegand habe Änderungen vorgenommen mit der Bitte den Ausschreibungstext mit diesen zu veröffentlichen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat die Hauptausschussmitglieder um Vorschläge zur weiteren Verfahrensweise. Das Landesverwaltungsamt erwarte im Zusammenhang mit der geschlossenen Vereinbarung dringend eine Entscheidung der Stadt Halle.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., sprach sich für die Vorschläge von Herrn Dr. Wiegand aus. Anderenfalls müsse davon ausgegangen werden, dass er erneut widerspreche und den ausgewählten Berater nicht akzeptiere.

Seines Erachtens seien die Änderungsvorschläge von Herrn Dr. Wiegand nicht gravierend. Lediglich der mit seiner Person vorgeschlagene Adressat und Ansprechpartner wären zu diskutieren. Ursprünglich sei Herr Bürgermeister Geier vorgeschlagen.

Darüber hinaus sprach sich **Herr Dr. Meerheim** dafür aus, dass Herr Dr. Wiegand als zukünftiger Oberbürgermeister allein oder mit Frau Oberbürgermeisterin Szabados gemeinsam im Einvernehmen mit dem Landesverwaltungsamt über die Besetzung des zukünftigen Beraters mitbestimme. Die Arbeitsgruppe zur Haushaltskonsolidierung habe nicht darüber zu bestimmen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados wies darauf hin, dass sie und der Präsident des Landesverwaltungsamtes, Herr Pleye, Herrn Dr. Wiegand bereits Anfang August dieses Jahres angeboten haben, in der Arbeitsgruppe mitzuwirken. Dies habe er abgelehnt. Da die ihr obliegenden Aufgaben entsprechend der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt auch nicht übertragbar wären, müsse sie weiter versuchen, eine einvernehmliche Lösung zu finden.

Des Weiteren machte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** darauf aufmerksam, dass in Abstimmung mit dem Präsidenten des Landesverwaltungsamtes gemeinsam mit der Arbeitsgruppe ein Berater benannt werden soll.

Herr Krause, SPD-Fraktion, machte deutlich, dass Herr Dr. Wiegand sowohl in die Arbeitsgruppe als auch in die Fraktionsvorsitzendenrunde zu diesem Thema eingeladen wurde und auch in der heutigen Hauptausschusssitzung die Gelegenheit gehabt hätte, seine Argumente darzulegen. Diese Möglichkeiten habe er nicht wahrgenommen.

Seinerseits bestünde die Frage an Herrn Dr. Wiegand, ob der Berater ausschließlich ein Partner des Oberbürgermeisters und der Stadtverwaltung sein soll oder auch einer des Stadtrates. Seines Erachtens wäre dieser auch Partner des Stadtrates. Seine Fraktion habe eine Vielzahl von Fragen und Anregungen an den Berater, um möglicherweise über Strukturveränderungen zu einer Haushaltskonsolidierung zu kommen.

Herr Krause äußerte seinen Unmut darüber, dass sich Herr Dr. Wiegand diesem Prozess gemeinsam mit dem Stadtrat anscheinend nicht stellen und ausschließlich seine Vorstellungen durchsetzen wolle. Er verweigere derzeit permanent die Zusammenarbeit. Beispielsweise wurde in der Fraktionsvorsitzendenrunde der Vorschlag unterbreitet, die erste Phase mit dem ursprünglich vorgesehenen Berater durchzuführen, um zu den Haushaltsberatungen 2013 erste Ergebnisse zu haben.

Anhand der Stadt Offenbach erläuterte **Herr Krause**, dass die fachliche Begleitung eines Beraters dringend notwendig sei. Dort wurden seitens der Stadtverwaltung Einsparungen vorgenommen und städtisches Eigenkapital verkauft. Dennoch sei dort immer noch ein großes Haushaltsdefizit vorhanden. Aus diesem Grund sollte der Berater für die Stadt Halle schnellstmöglich ausgewählt werden und mit seiner Arbeit beginnen.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, ging auf die Wortmeldung von Herrn Krause ein und bat darum, analog des Verhaltens der Oberbürgermeisterin souverän und sachlich zu verfahren. Es liegen mit den beiden Ausschreibungsvorschlägen lediglich zwei unterschiedliche Auffassungen vor.

Zudem fragte **Herr Wolter**, ob nur eine Diskussion stattfinde oder ein Beschluss für eine Ausschreibung durch den Hauptausschuss gefasst werde. Seines Erachtens sollte eine Beschlussfassung erfolgen und die Oberbürgermeisterin damit einen Auftrag erhalten.

Anschließend bezog sich **Herr Wolter** auf die Ausschreibungen. Den Vorschlag von Herrn Dr. Wiegand könne seine Fraktion überwiegend teilen. Als Adressat sollte allerdings, wie von der Oberbürgermeisterin vorgeschlagen, Herr Bürgermeister Geier aufgeführt werden. Ansonsten könne er dem von Herrn Dr. Wiegand vorgeschlagenen Ausschreibungstext zustimmen. Dieser sei lediglich eine Konkretisierung des Vorschlages der Oberbürgermeisterin.

Darüber hinaus fragte **Herr Wolter** nach der Finanzierung des Beraters. Nach Auskunft von Herrn Dr. Wiegand sollen maximal 80.000 € zur Verfügung gestellt werden. Der Stadtrat habe aber einen Beschluss über 48.000 € als erste Stufe für das Jahr 2012 gefasst. Für das Haushaltsjahr 2013 seien bisher keine Beschlussfassungen erfolgt.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados verwies hinsichtlich der Frage nach der Finanzierung des Beraters auf die geschlossene Vereinbarung mit dem Landesverwaltungsamt. Darin sei aufgeführt, dass die Finanzierung entsprechend der Haushaltslage der Stadt Halle erfolge. Insofern wäre mit dem Berater ein Vertrag über einen Betrag in Höhe von vorerst 48.000 € abgeschlossen worden. Damit würde man dem Stadtratsbeschluss gerecht werden und zukünftigen Haushaltsbeschlüssen nicht vorgreifen.

In Bezug auf den Adressaten sprach sich **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** ebenfalls dafür aus, dass die Bewerbungsunterlagen an Herrn Bürgermeister Geier gerichtet werden, da dieser auch fachlich zuständig sei.

Ungeachtet dessen machte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** nochmals darauf aufmerksam, dass nicht allein der Oberbürgermeister über die Benennung des Beraters entscheide. Dies würde der Vereinbarung mit dem Landesverwaltungsamt widersprechen. In Abstimmung mit dem Präsidenten des Landesverwaltungsamtes solle dies im Einvernehmen mit der Arbeitsgruppe erfolgen. Sie bat ausdrücklich darum, die Verfahrensweise zu belassen.

Weiterhin brachte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** zum Ausdruck, dass der Berater über Referenzen mit vergleichbaren Städten verfügen und ihm ein Team zur Verfügung stehen sollte. Diese Aspekte wurden in Abstimmung mit dem Landesverwaltungsamt als äußerst wichtig angesehen, wären aber im Vorschlag von Herrn Dr. Wiegand nicht enthalten.

Demzufolge fragte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** nach der Auffassung der Hauptausschussmitglieder zu diesem Punkt.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, fragte, ob die Mitarbeiter der KGSt eine Qualifikation zum Wirtschaftsprüfer besitzen.

Herr Bürgermeister Geier und **Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung**, bestätigten dies.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, merkte an, dass die Voraussetzung einer solchen Qualifikation grundsätzlich zu begrüßen wäre. Allerdings sei fraglich, ob dies möglicherweise eine Einengung darstelle und andere gute Bewerber verhindere. Seines Erachtens wäre es von Bedeutung, dass der Berater Erfahrungen und Referenzen in diesem Bereich aufweisen könne.

Darüber hinaus sprach sich **Herr Bönisch** ebenfalls dafür aus, Herrn Bürgermeister Geier als zuständigen Beigeordneten als Adressaten anzugeben. Zur Angabe und Festlegung der Kosten für den Berater sehe er keine Notwendigkeit. Vielmehr sollte der Stadt Halle ein Angebot von dem Berater unterbreitet werden und unter Umständen auch ein höherer Betrag als der angedachte in Höhe von 80.000 € gezahlt werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados wies darauf hin, dass entsprechend der Formulierung des Vorschlages von Herrn Dr. Wiegand die Qualifikation zum Wirtschaftsprüfer nicht zwingend Voraussetzung sei:

„... Der Auftragnehmer sollte über betriebswirtschaftliche Kompetenz verfügen sowie über Erfahrungen in der Wirtschaftsprüfung und in der Kommunalen Haushaltswirtschaft ...“

Hinsichtlich der Anmerkungen zu den Kosten für den Berater machte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** darauf aufmerksam, dass in ihrem Vorschlag dazu keine Ausführungen gemacht wurden. Ebenso sei die Begrenzung der Tätigkeit auf ein Jahr nicht aufgeführt. Es sei angedacht gewesen, diese Punkte vertraglich mit dem Berater zu regeln.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bezog sich auf die Ausführungen von Herrn Krause und widersprach diesen. Herr Dr. Wiegand habe einen Vorschlag vorgelegt und zu Beginn der Sitzung erklärt, aus welchen Gründen er an dem weiteren Sitzungsverlauf nicht teilnehmen könne. Insofern wäre die Behauptung, dass er die Zusammenarbeit verweigere, nicht korrekt.

Des Weiteren wies **Herr Paulsen** darauf hin, dass seitens der Oberbürgermeisterin keine Stellungnahme zu den Vorschlägen von Herrn Dr. Wiegand vorlag, so dass ein Abwägen seinerseits nicht möglich war.

Dem Vorschlag von Herrn Wolter, hierzu eine Abstimmung vorzunehmen, konnte **Herr Paulsen** nicht zustimmen. Die Vorschläge für einen Ausschreibungstext werden unter dem Tagesordnungspunkt „Mitteilungen“ behandelt, so dass eine Beschlussfassung nicht möglich sei. Zudem sehe er sich außerstande, aufgrund der während der Diskussion eingebrachten Informationen und Vorschläge im Namen seiner Fraktion ein Votum abgeben zu können.

Ungeachtet dessen erklärte **Herr Paulsen**, dass seinerseits der bestehende Zeitdruck nicht nachvollziehbar sei. Die von der Oberbürgermeisterin eingangs genannte Haushaltssituation zu den Defiziten in den kommenden Jahren könne nicht beurteilt werden. Zudem würde sich der Berater nicht mehr mit dem Haushalt 2013 beschäftigen, da bis zum Vorliegen von Vorschlägen der Haushalt 2013 bereits beschlossen sein werde.

In Anbetracht dessen sollte der Konflikt nicht weiter ausgetragen, sondern nach einer nachhaltigen Lösung gesucht werden, so dass ab Dezember ein Berater die Stadt Halle bei ihrer Aufgabe, den Haushalt zu konsolidieren, unterstützen könne. Anderenfalls stünde man im Dezember bei Amtsantritt des neuen Oberbürgermeisters vor demselben Problem.

Herr Paulsen gab bekannt, dass er den Vorschlägen von Herrn Dr. Wiegand folgen könne bis auf die Ausführungen zu den Kosten. Diese sollten seines Erachtens nicht aufgeführt werden. Hier sollte man sich von dem Berater ein Angebot unterbreiten lassen.

Herr Bürgermeister Geier stellte die Zusammenhänge zwischen dem Haushaltsplan für das Jahr 2013 und dem Berater dar. Mit dem Haushaltsplan für das Jahr 2013 müsse dem Landesverwaltungsamt ebenso das Haushaltskonsolidierungskonzept vorgelegt werden. Entsprechend der Vereinbarung mit dem Landesverwaltungsamt soll das Haushaltskonsolidierungskonzept gemeinsam mit dem Berater erstellt werden.

Sollte bis zum Abschluss der Haushaltsberatungen kein Berater benannt und das Haushaltskonsolidierungskonzept nicht parallel in Bearbeitung sein, wäre die Haushaltsplanung für das Jahr 2013 hinfällig.

Diesen Zusammenhang habe das Landesverwaltungsamt von Beginn an kommuniziert und auch in ihrem Genehmigungsschreiben zum Haushalt für das Jahr 2012 aufgeführt.

Insofern bestünde ein sehr hoher Zeitdruck. Aus diesem Grund habe die Verwaltung bereits im Juli dieses Jahres einvernehmlich mit dem Landesverwaltungsamt versucht, eine Klärung herbeizuführen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados stimmte den Ausführungen von Herrn Bürgermeister Geier zu. Das Landesverwaltungsamt warte dringend auf eine Entscheidung der Stadt Halle. Derzeit trage sie die Verantwortung und würde bei Nichthandeln ihre Pflichten verletzen.

In Anbetracht dessen werde sie die Hinweise und Anregungen der Hauptausschussmitglieder aufnehmen und unter Berücksichtigung dieser eine Ausschreibung vornehmen.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, erläuterte die Erwartungen seiner Fraktion an den Berater. Dieser soll dem Stadtrat direkt - ohne vorherige Auswahl durch die Verwaltung - Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung unterbreiten. Die Zuständigkeit liege hier beim Stadtrat, die Verwaltung sei mit dem Oberbürgermeister nur die zweite Instanz. Insofern sollte der Stadtrat auch über die Vorschläge des Beraters entscheiden.

Darüber hinaus fragte **Herr Bönisch**, ob vor Entscheidung der Arbeitsgruppe zur Bestellung des Beraters der Stadtrat ein Votum abgebe.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., verneinte dies.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erinnerte an die eingangs vorgesehenen Festlegungen des Landesverwaltungsamtes. Diese konnten nach hinlänglichen Beratungen etwas offener für die Stadt Halle gestaltet werden. Ursprünglich sollte ein Berater durch das Landesverwaltungsamt eingesetzt werden. Nun könne die Arbeitsgruppe einen Berater benennen. Insofern sei das Landesverwaltungsamt bisher ausreichend Kompromisse eingegangen.

Des Weiteren wies **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** darauf hin, dass entsprechend der Vereinbarung der Oberbürgermeister sich verpflichtet, die Vorschläge des Beraters dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen. Somit bestünde für den Oberbürgermeister keine Möglichkeit, eine vorherige Auswahl vorzunehmen und nur bestimmte Vorschläge des Beraters dem Stadtrat vorzulegen.

Im Ergebnis der Diskussion wurde sich auf folgende Punkte in der Vereinbarung verständigt:

- Adressat der Bewerbungsunterlagen ist Herr Bürgermeister Geier
- Streichung des Absatzes im Vorschlag von Herrn Dr. Wiegand:
„Die Aufgabe ist zunächst auf ein Jahr befristet. Es stehen Haushaltsmittel in Höhe von bis zu 80.000 € zur Verfügung.“
- Im Absatz 3 wird in Anlehnung an den Vorschlag von Herrn Dr. Wiegand der zweite Satz wie folgt geändert:
„... Der Auftragnehmer sollte über ein Team mit betriebswirtschaftlicher Kompetenz verfügen sowie über Erfahrung **in der Wirtschaftsprüfung** und mit der Kommunalen Haushaltswirtschaft ...“

- Im zweiten Absatz wird folgender Vorschlag von Herrn Dr. Wiegand aufgenommen:
„- die Prüfung von Geschäftsprozessen und Zahlungsströmen an Unternehmen und Vereine“

- Im dritten Absatz wird im Vorschlag der Oberbürgermeisterin der letzte Satz:

„... Weiterhin sind umfassende und aktuelle Referenzen von vergleichbaren Städten vorzulegen, aus denen hervorgeht, welche Erfahrungen und Kenntnisse bei der strategischen Haushaltskonsolidierung gesammelt werden.“

geändert in:

„Weiterhin sind einschlägige Referenzen vorzulegen.“

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bedankte sich bei den Hauptausschussmitgliedern für die Verständigung und kündigte an, nach Absprache mit dem Präsidenten des Landesverwaltungsamtes die Ausschreibung zu veröffentlichen.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., merkte an, dass er davon ausgehe, dass Herr Dr. Wiegand die Ausschreibung erneut nicht anerkennen werde und im Dezember eine nochmalige Beratung dazu erfolge.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados machte deutlich, dass bei Haushaltsentscheidungen der Stadtrat der Souverän sei. Aus diesem Grund wurden neben Herrn Dr. Wiegand auch die Fraktionen hierzu einbezogen. Ihres Erachtens konnte sich auf eine vernünftige Lösung verständigt werden, so dass sie sich in ihrer Funktion den Fraktionen gegenüber verpflichtet sehe, die Ausschreibung zu veröffentlichen.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, bat darum, den Ausschreibungstext vorab mit Herrn Dr. Wiegand abzustimmen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte zu, dass sie dies versuchen werde, ihm das Gespräch - zurückblickend auf das Verhalten von Herrn Dr. Wiegand zu Beginn dieser Sitzung - aber nicht aufzwingen könne.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte zur Metropolregion Mitteldeutschland mit, dass hierfür eine Vereinsgründung vorgesehen sei. In der dafür zuständigen Lenkungsgruppe der Oberbürgermeister wurde sich darauf verständigt, mit einer gemeinsamen Vorlage auf den jeweiligen Stadtrat der dazugehörigen Städte zuzugehen. Sie gehe davon aus, dass nach Beratung in der Lenkungsgruppe die Einbringung der Vorlage in die entsprechenden Gremien spätestens im November 2012 erfolgen könne.

Im Zuge dessen wies **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** darauf hin, dass der Vorsitzende des Lenkungsausschusses - der Oberbürgermeister der Stadt Jena, Herr Dr. Albrecht Schröter - bei Bedarf zu Gesprächen in den Fraktionen bzw. im Hauptausschuss zur Verfügung stünde.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, regte an, Herrn Dr. Schröter einzuladen, da seinerseits Gesprächsbedarf bestünde. In dem Zusammenhang verwies er auf die schriftliche Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Nutzen der Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale) in der Metropolregion Mitteldeutschland/Wirtschaftsinitiative für Mitteldeutschland e.V., Vorlage: V/2012/10976 in der Stadtratssitzung am 26.09.2012. Die Antwort der Verwaltung wäre seines Erachtens nicht ausreichend.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados nahm die Anregung auf. Der Oberbürgermeister der Stadt Jena und ein Vertreter der Wirtschaftsinitiative können dann möglicherweise auch auf die von Herrn Bönisch genannte schriftliche Anfrage eingehen und die aus der Metropolregion Mitteldeutschland entstandenen Produkte darstellen.

Es gab keine weiteren Mitteilungen.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bezog sich auf den Planungsstand zum Bau eines Radweges in der Kröllwitzer Straße. Im Ausschuss für Planungsangelegenheiten am 11.09.2012 wurde seitens der Verwaltung mitgeteilt, dass aus Kostengründen die vom Stadtrat beschlossene Variante in der Form nicht umgesetzt werde.

Demzufolge fragte **Herr Paulsen**, wann dem Stadtrat eine neue Beschlussvorlage vorgelegt werde, um den bestehenden Beschluss entsprechend zu ändern.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, antwortete, dass auch bei der kostenreduzierten Variante die anstehenden Mehrkosten in den Finanzplan dargestellt und eingeordnet werden müssen.

Im zuständigen Ausschuss für Planungsangelegenheiten wurde über die Problematik informiert und darüber diskutiert, ob die kostenreduzierte Variante weiter bearbeitet werden könne. Die Mitglieder des Ausschusses haben im Ergebnis dessen die Verwaltung beauftragt, die finanziell begrenzte Variante weiter zu verfolgen, so dass die weitere Planung erfolge und zum gegebenen Zeitpunkt eine entsprechende Vorlage eingebracht werde.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärte sich mit der Antwort der Verwaltung nicht einverstanden. Er gehe davon aus, dass der im April 2011 gefasste Stadratsbeschluss umgesetzt werde, solange seitens des Stadtrates keine Änderungswünsche bestünden.

Insofern bat **Herr Paulsen** darum, bei einer vorgesehenen Änderung des Stadratsbeschlusses eine entsprechende Vorlage für die neue Variante in den Stadtrat einzubringen. Eine Mitteilung wäre seines Erachtens nicht ausreichend, zumal erhebliche Bedenken bezugnehmend auf die neue Variante bestünden.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, erläuterte die Gründe für die Planung einer neuen Variante. In Umsetzung des Stadratsbeschlusses habe sich in der weiteren Planung eine Verdopplung der Kosten von ca. 300.000 € auf ca. 600.000 € ergeben. Aus diesem Grund wurde eine kostenreduzierte Variante entwickelt und der zuständige Ausschuss darüber informiert.

Seitens der Mitglieder des Ausschusses für Planungsangelegenheiten wurde Zustimmung zur kostenreduzierten Variante signalisiert. Er sei davon ausgegangen, dass die Bestätigung durch den Fachausschuss hinreichend wäre.

Sollte der Wunsch bestehen, vorerst eine entsprechende Vorlage in den Stadtrat einzubringen, werde die Verwaltung dem folgen. Allerdings komme es dann zu Verzögerungen bei der Baumaßnahme.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, machte deutlich, dass die kostenreduzierte Variante nach Auffassung seiner Fraktion erhebliche Schwierigkeiten aufwerfe. Diese führe dazu, dass Fußgänger und Radfahrer sich auf einem sehr schmalen, nicht den Vorgaben entsprechenden gemeinsamen Rad- und Fußweg bei gleicher Hanglage bewegen. Es sei davon auszugehen, dass dadurch massive Probleme zwischen Radfahrern und Fußgängern entstehen.

Aufgrund dessen wäre hierzu dringend eine inhaltliche Diskussion zur zukünftigen Gestaltung erforderlich. Im Zuge dessen verwies **Herr Paulsen** auf anderweitige Planungen, wie z. B. die Beesener Straße, bei denen Kostenaufwüchse in einem wesentlich größeren Umfang kein Problem dargestellt haben.

Insofern bat **Herr Paulsen** darum, zeitnah die kostenreduzierte Variante durch den Stadtrat bestätigen zu lassen, um nicht weitere Verzögerungen zu verursachen.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, sprach sich gegen die Verfahrensweise aus. Im Ausschuss für Planungsangelegenheiten wurde die fachliche Diskussion geführt und die reduzierte Variante bestätigt. Es wäre seines Erachtens nicht zielführend, eine weitere Planung vorzunehmen, damit Kosten zu produzieren und weitere Planungsleistungen erst nach Abstimmung im Stadtrat auszulösen.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, kündigte an, sich dafür einzusetzen, dass der Stadtrat die für den Bau des Radweges notwendigen Maßnahmen umsetze, um die erforderliche Verkehrssicherheit herzustellen.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach der Verfahrensweise zum Umzug der Fraktionen in das Stadthaus. Den Fraktionen wurde der Zeitraum 29.10. bis 02.11.2012 als Umzugstermin avisiert. Dies wäre eine Ferienwoche. Die Mitarbeiter seiner Fraktion haben schulpflichtige Kinder und wären bereit, auf ihren Urlaub zu verzichten, sofern der Umzug tatsächlich erfolge.

Des Weiteren wies **Herr Paulsen** darauf hin, dass für die Stadtratssitzung im November die Abgabefrist für Anträge und schriftliche Anfragen der 30.10.2012 sei. Am 31.10.2012 wäre mit dem Reformationstag ein Feiertag.

Infolge dessen bat **Herr Paulsen** um eine offizielle Bestätigung des Umzugstermins durch die Verwaltung. Zudem fragte er nach der Verfahrensweise zum Umzug unter Berücksichtigung der Abgabefrist für die Stadtratssitzung November.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit, erklärte, dass die Räumlichkeiten im Stadthaus fertiggestellt wären und ein Besichtigungstermin am 27.09.2012 vorgesehen sei. Der konkrete Umzugstermin liege im Ermessen der einzelnen Fraktionen. Dieser könne beispielsweise auch vor den Schulferien erfolgen. Ziel aus Sicht der Verwaltung sei, zum Ende der Ferienwoche am 02.11.2012 den Umzug abzuschließen.

Insofern sollten die Fraktionsmitarbeiter an dem Besichtigungstermin teilnehmen und im Anschluss daran mit den Mitarbeitern des Eigenbetriebes ZGM individuell den Umzugstermin absprechen.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat darum, dass die Verwaltung einen Zeitraum vorgebe und den Umzug entsprechend koordiniere.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados und **Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit**, wiesen darauf hin, dass dies mit dem Eigenbetrieb ZGM abzustimmen sei und die Fraktionen sich jederzeit dorthin wenden können.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, fragte nach dem Stand der Umsetzung des Beschlusses zum Antrag seiner Fraktion zum Eintritt der Stadtbibliothek in den Verbund der Online-Bibliothek Sachsen-Anhalt, Vorlage: V/2012/10461.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados und **Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung** sagten eine schriftliche Beantwortung bis zur Stadtratssitzung am 26.09.2012 zu.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, erinnerte an seine mündliche Anfrage in der Stadtratssitzung am 27.06.2012 zur Gehwegsperrung in der Wolfstraße 20 am Rannischen Platz und fragte nach dem Sachstand. Seinen Informationen zufolge sei der Missstand noch nicht behoben, so dass die Fußgänger die Straße nutzen müssen. Dies sei für Menschen mit einer Gehbehinderung aufgrund des Kopfsteinpflasters äußerst problematisch.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Es gab keine weiteren mündlichen Anfragen.

zu 10 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados beendete die 34. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses.

Dagmar Szabados
Oberbürgermeisterin

Anja Schneider
Protokollführerin